

Wo steht der Aktivbürger : Bemerkungen zu einem Forschungsbericht [Hanspeter Kriesi, René Levy, Gilbert Ganguillet]

Autor(en): **Engler, Urs**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bücher zur Friedensdiskussion

Im *Radius-Verlag* untersucht die ehemalige Bundestagsabgeordnete *Lenelotte von Bothmer* die Frage, ob es wirklich der Rüstung zu verdanken war, dass es in den letzten 35 Jahre in Europa keinen Krieg mehr gegeben hat. Der Zustandsbeschreibung der Gegenwart fügt die Autorin einen dreifachen Rückblick an. Sie betrachtet die letzten drei Kriege, in die Deutschland verwickelt war. Sie schildert die Rolle der SPD bei der Vorbereitung und Durchsetzung dieser Kriege und schliesslich betrachtet sie auch die Rolle die sie selbst als Parlamentarierin gespielt hat.

Das *Güterloher Verlagshaus Gerd Mohn* veröffentlicht in einem Taschenbuch eine *Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EDK)* unter dem Titel «*Frieden wahren, fördern und erneuern.*» Interessant sind in diesem Buch die verschiedenen kirchlichen Stimmen zur Friedensdiskussion, die Kontroverse also um den kirchlichen Beitrag zum Frieden. Im gleichen Verlag ist, herausgegeben vom Evangelischen Kirchenrat für die Bundeswehr, «*Was können die Kirchen für den Frieden tun?*» erschienen. Das Buch berichtet über die wichtigsten Ergebnisse der friedensethischen Arbeit der Kirchen.

Eines der wichtigsten und auch eindruckvollsten Bücher, die in den letzten Monaten zur Friedensfrage erschienen sind, ist zweifellos das Buch der linken Theologin Dorothee Sölle: «*Aufrüstung tötet auch ohne Krieg*», herausgekommen beim *Kreuz Verlag*. Die bekannte

Professorin und Pfarrerin aus Hamburg schreibt und sagt zum Thema Krieg und Frieden, was manchem, vor allem sozialdemokratischen Politiker wohl anstehen würde. Aber bisher scheinen Positionen wie sie Dorothee Sölle bezieht, Politikern in Regierungsämtern und mit Regierungsverantwortung zu gefährlich zu sein. Gefährlich für die eigene Machtposition. «Das Machbare ist der Tod. Wer sich auf das Machbare beschränkt, der zerstört seine Fähigkeit, neu zu werden und umzudenken,» schreibt Dorothee Sölle den Politikern ins Stammbuch.

Mit einem Vorwort von *Heinrich Böll* versehen hat der *Radius-Verlag* sodann ein kleines

Urs Engler

Wo steht der Aktivbürger

Bemerkungen zu einem Forschungsbericht

Unter dem Titel «Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978» haben die Zürcher Soziologen Hanspeter Kriesi, René Levy, Gilbert Ganguillet und Heiner Zwicky einen gegen 700 Seiten starken Forschungsbericht vorgelegt, der im Rüegger-Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich ist.

Um eine Nachttischlektüre für politisch Interessierte handelt es sich hier nicht. Der Bericht ist das Konzentrat einer immensen Forschungsarbeit, die fachlich

Taschenbuch von *Vilma Sturm* mit dem Titel «*Mühsal mit dem Frieden*» herausgegeben. Die Autorin, Jahrgang 1912, ist im katholisch-christlichen Sektor der Friedensbewegung engagiert. Sie hat ihre Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden, auch mit weiten Teilen der katholischen Kirche, ihre Schwierigkeiten in einer Kölner Friedensgruppe, ihr Ringen mit dem Berg oft widersprüchlicher Informationen, ihre Zweifel und vieles andere aufgezeichnet. Der Bericht wird ergänzt mit Dokumenten, Briefen, Berichten, Zitaten und Liedertexten. Diese Frau hat beschlossen die «*Mühsal mit dem Frieden*» auf sich zu nehmen.

Schliesslich ist noch auf ein sogenanntes «*Stern-Buch*» hinzuweisen, das *Peter Koch* verfasst hat: «*Wahnsinn Rüstung*» oder «*Ist der 3. Weltkrieg zu vermeiden.*» Das Vorwort stammt vom ehemaligen US-Botschafter in Moskau, *George F. Kennan*. Der Band enthält viele nützliche Informationen und reiches Bildmaterial.

zweifellos hohe Anerkennung verdient. Für den Laien aber sind die vielen Tabellen, Kurven usw. oft nicht leicht verständlich. Es wird denn auch vor allem die weitere laufende Forschung sein, die auf diesen Bericht und seine Grundlagen greifen wird.

Von grossem allgemeinem Interesse sind jedoch die Hauptschlussfolgerungen der Autoren, die in Presseberichten noch deutlicher dargelegt worden sind als im Forschungsbericht selbst.

Abgewirtschaftete Institutionen?

Die Autoren haben rund 6'000 sogenannte «Aktivierungsereignisse» (Streiks, Demonstrationen, Initiativen, Petitionen) analysiert, die sich keineswegs nur auf «der Strasse» abgespielt haben. Sie sind dabei zum Schlusse gelangt, dass insbesondere seit 1968 eine Zunahme solcher Ereignisse bei zugleich sinkender Stimmbeteiligung zu verzeichnen sei. Der Bürger politisiere heute vermehrt aus einem Bewusstsein der persönlichen Betroffenheit heraus und nehme seine Angelegenheiten wieder selbst in die Hand. Die herkömmlichen Institutionen vermöchten diesem Bedürfnis jedoch kaum noch zu entsprechen, was zu Stimmabstinz, aber auch zu Protesten führe. Was viele schon seit einiger Zeit behaupten, findet hier somit offenbar seine wissenschaftliche Legitimation: Unser «System» hat abgewirtschaftet! Neues muss emporkommen!

Wunschdenken?

Der Forschungsbericht, noch mehr aber die Verlautbarungen der Autoren in der Presse, drängen die Frage auf, ob gewisse besonders brisante Hauptschlussfolgerungen nicht einfach durch politisches, unwissenschaftliches Wunschdenken vorweggenommen worden sind.

So lässt sich die behauptete Gegenläufigkeit zwischen der Abnahme der Stimmbeteiligung und der Zunahme der «Aktivierungsereignisse» seit 1968 keinesfalls mit der für so weitgehende Schlussfolgerungen nötigen Deutlichkeit nachweisen.

Auch frage ich mich, ob nicht letztlich Unvergleichbares verglichen wird, wenn man Stimmbeteiligungsquoten der Zahl von ausgewählten Ereignissen gegenüberstellt. Allgemein er-

weckt es Bedenken, wenn die Schlussfolgerungen auf der Zahl der Ergebnisse und nicht auf der Zahl der von ihnen erfassten Bürger beruht. Einen Urnengang mit Hunderttausenden von Stimmdenden ist auch bei bescheidener Stimmbeteiligung nach wie vor ein «Ereignis» von grosser Bedeutung!

Dass «Aktivierungsereignisse» (nicht nur politischer Art) in den letzten Jahren zugenommen haben, ist im übrigen kaum bestreitbar. Doch auch hier handelt es sich wohl letztlich um qualitativ sehr verschiedene Erscheinungen, die kaum einfach addiert werden können. So ist das Erscheinungsbild des politischen Betriebes heute ganz allgemein etwas farbiger geworden, u.a. weil ein Abbau konventioneller Schranken heute Dinge zulässt, an die man früher gar nicht gedacht hätte. Hier von Tolreanz zu sprechen, wäre allerdings voreilig. Nur allzusehr schlägt nämlich blinde Intoleranz zu, sobald unsichernde Erscheinungen als Bedrohung empfunden werden.

Was heisst «Teilnahme»?

Für eine eher traditionelle, wertbezogene Auffassung ist politische Teilnahme mehr als irgend ein politisch relevantes Handeln. Es umschliesst das bewusste Erkennen und Sicheinfügen in grössere Zusammenhänge. Wer an einem Urnengang teilnimmt, tut dies im Wissen, dass hier zwar entschieden wird, dass sein eigener Beitrag dazu aber notwendigerweise minim ist. Das Element des Einfügens überwiegt hier die rationalen Ausdrucksmöglichkeiten persönlicher Betroffenheit bei weitem.

Anders bei vielen Protestaktionen. Sie richten sich häufig gegen etwas, auch dort, wo positive Postulate vertreten werden. Adressat ist zum Beispiel eine «untätige Behörde». Insoweit

sind derartige Aktionen nicht Ausdruck der Bereitschaft, die Angelegenheit «selbst in die Hand zu nehmen». Im Gegenteil: Solche «Aktivierungsereignisse» sind auf die herkömmlichen Institutionen ausgerichtet und auf diese angewiesen.

Hieraus kann sich durchaus eine fruchtbare Ergänzung ergeben, wenn man sich auf beiden Seiten immer wieder die Legitimationsfrage stellt. Protestierende sollten sich bewusst sein, dass auch andere Anliegen vertreten werden und ihre Berechtigung haben. Sie müssen daher in der Regel bereit sein, Abstriche zu machen und Kompromisse zu akzeptieren.

Keine legitime Form der Teilnahme sind «Aktivierungsereignisse» dort, wo diese Bereitschaft von vorneherein fehlt, weil es letztlich oft nicht um die punktuellen Anliegen der Betroffenen sondern darum geht, das Versagen «des Systems» überhaupt zu beweisen.

Warnung vor Kurzschlüssen

Zweifellos müssen die etablierten Politiker bereit sein, neue Entwicklungen im politischen Bewusstsein der Aktivbürger zu erkennen und ernst zu nehmen. Hier bleibt vieles aufzuholen. Auf der andern Seite ist es verfehlt, vorschnell das Ende der herkömmlichen politischen Institution zu proklamieren.

Wer dies heute tut, verhilft nur neuen Machtansprüchen und neuen hierarchischen Strukturen zum Durchbruch. Einen Vorgeschmack davon erhält man, wenn man etwa in der «Wochen-Zeitung» die Meinung eines Autors liest, die Politiker müssten ihre Politik ändern, wenn sie den Forschungsbericht wirklich ernst nehmen wollten (Wochen-Zeitung vom 13. November 1981).

Wo steht der Aktivbürger? Er steht auch in Zukunft an der Urne, vielleicht aber vermehrt

auch auf der Strasse. Über eines allerdings kann es für niemanden Zweifel gegen: Entscheidungen werden in den Parlamenten und an der Urne gefällt und sind zu akzeptieren!

Anlässlich der imposanten Friedensdemonstration vom 5. Dezember 1981 ist auch über die Abschaffung der Armee abgestimmt worden. Dies war vielleicht ein «Aktivierungsereignis». Gerade für uns Sozialdemokraten steht aber fest, dass Entscheidungen nicht vor, sondern im Bundeshaus und an den Urnen zu fällen sind, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse anders sind.

Leserecho

Chancen der Sozialisten

In Nr. 3 der Roten Revue schreibt der Österreicher Professor Josef Hindels über «Das Versagen des Kapitalismus und die Chance der Sozialisten». Sehr treffend schildert er die Unfähigkeit des Kapitalismus, Krisen zu vermeiden und den Hunger in der Welt zu besiegen. Die Reihe der kapitalistischen Unfähigkeiten könnte noch verlängert werden durch Hinweise auf die zunehmende Zahl der Armen, die Verschuldung der Entwicklungsländer, die sich zwischen 1971 und 1981 verfünffacht hat, das Flüchtlingsheer von 15 Millionen, die Tatsache, das der Energieverbrauch in den letzten 25 Jahren dem gesamten Energieverbrauch der Menschheit von vorher entspricht, dass sich die Scheidungsziffern in den letzten 10 Jahren verdoppelt und verdreifacht haben, dass Tausende und Abertausende zu Sekten, Alkohol, Medikamenten und Drogen flüchten usw.

Immer deutlicher sieht man, dass das kapitalistische System mit seinem Rüstungswettlauf einem Chaos zutreibt. Man sollte meinen, ein solches System schaufle sich selbst das Grab und würde den gepeinigten, ausgebeuteten Völkern die Tore weit öffnen für den Sozialismus. Nun müssen wir aber die bedauerliche Feststellung machen, dass bisher auch das sozialistische System in eine Sackgasse geführt hat. Dabei wollen wir nicht an die kommunistischen Staaten des Ostblocks denken, sondern an die Länder Westeuropas. Wie oft vermochten die Sozialdemokraten auf demokratischem Weg und mit grossen Einsatz und vielen Opfern eine Mehrheit zu erringen? Aber einmal an der Macht, standen diese Links-Regierungen den wirtschaftlichen Problemen völlig hilflos gegenüber. Es gelang ihnen beispielsweise nicht die Inflation, diesen grössten Volksbetrug, in den Griff zu bekommen oder die Arbeitslosigkeit zu überwinden. So wurde die Labour Party in England durch die Tories mit der rechtsstehenden Margaret Thatcher abgelöst. In Portugal hätten nach dem Sturz Salazars bzw. dessen Nachfolger Gaetano im Jahre 1974, gute Voraussetzungen für ein sozialdemokratisches Experiment bestanden. Der demokratisch gewählte Sozialdemokrat Mario Soares sah sich aber schon nach zwei Jahren gezwungen, seine Regierung, in welche das Volk so grosse Hoffnungen gesetzt hatte, durch ein Technokratenkabinett ablösen zu lassen. Grund: 20 Prozent Inflation und Wirtschaftsmisere! Soziale Errungenschaften nach der Machtübernahme wurden durch die laufende Geldentwertung wieder zunichte gemacht! In Norwegen und Dänemark wurden ebenfalls sozialdemokratische Mehrheiten durch bürgerliche abgelöst. Hindels

schreibt, Paris und Athen könnten durch die Wahlsiege der Sozialisten die Bedeutung eines Fanals bekommen. Aber bereits musste Mitterrand bei den kürzlichen Kantonalwahlen Rückschläge entgegennehmen. Weshalb immer wieder diese Enttäuschungen, dieses Versagen? Wir Sozialisten müssen einsehen, dass allein mit Eingriffen in das Wirtschafts-geschehen keine grundlegenden sozialen Verbesserungen erzielt werden können. Hingegen müssen wir den Geld- und Währungsproblemen, welche von den Sozialdemokraten in geradezu sträflicher Weise vernachlässigt wurden, grösste Beachtung schenken. Die Ausbeutung erfolgt weniger durch die Unternehmer sondern durch das hinter ihnen stehende Grosskapital. Riesenvermögen können nur durch arbeitsloses, parasitäres Einkommen gescheffelt werden, vorwiegend durch Zins, Grundrente und Spekulation. Der Unternehmer hingegen ist in der Regel auch ein Arbeiter, der im Unternehmergewinn seinen Arbeitslohn verdient, der ihm vom Profit übrig bleibt, nachdem ihm der Kapitalist den Zins abgenommen hat, den der Unternehmer wieder aus den Arbeitern herauswirtschaften muss. Immer muss zuerst das Kapital angemessen «bedient», d.h. verzinst werden, sonst streikt es.

Kein Zins — kein Geld — keine Arbeit!

Wir müssen endlich den Mechanismus unserer Zinswirtschaft durchschauen. Zins kann nur erpresst werden, wenn das Geld der Wirtschaft entzogen, gehortet wird. Immer wieder halten die Geldmächte das Geld zurück, entziehen es dem wirtschaftlichen Kreislauf, schaffen dadurch Arbeitslosigkeit und versuchen, höhere Zinsen zu erpressen, wie wir dies gerade jetzt erfahren. Genau wie nur fließendes Wasser die Turbine